

Bekanntmachungen der Departemente und der Ämter

Referendum

gegen den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit

Zustandekommen

Die Schweizerische Bundeskanzlei,

gestützt auf die Artikel 59, 64 und 66 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976¹ über die politischen Rechte sowie auf den Bericht der Sektion Politische Rechte der Bundeskanzlei über die Prüfung der Unterschriftenlisten für das Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004² über die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit,

verfügt:

1. Das Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ist zustandegekommen, da es die nach Artikel 141 Absatz 1 der Bundesverfassung verlangten 50 000 gültigen Unterschriften aufweist.
2. Von insgesamt 93 673 eingereichten Unterschriften sind 92 901 gültig.

¹ SR 161.1

² BBl 2004 7125

3. Veröffentlichung im Bundesblatt und Mitteilung an:
- Überparteiliches Komitee gegen Ost-Personenfreizügigkeit, Postfach 8116, 3001 Bern;
 - Eidgenössisches Komitee für eine direkt-demokratische, neutrale und souveräne Schweiz, Postfach 2959, 8033 Zürich;
 - Referendumskomitee gegen Lohn- und Sozialdumping, Postfach 3, 1000 Lausanne 20;
 - Alliance de Gauche – Genève (Parti du Travail – Indépendants), Postfach 232, 1211 Genf 8.

20. April 2005

Schweizerische Bundeskanzlei

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

**Referendum
gegen den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über
die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung
des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten
zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits
und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten
andererseits sowie über die Genehmigung der Revision
der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit**

Unterschriften nach Kantonen

	Unterschriften	
	gültige	ungültige
Zürich	20 128	210
Bern	8 630	40
Luzern	5 410	11
Uri	356	25
Schwyz	3 034	23
Obwalden	629	0
Nidwalden	814	2
Glarus	402	6
Zug	1 317	0
Freiburg	1 018	39
Solothurn	1 768	4
Basel-Stadt	1 455	0
Basel-Landschaft	2 267	17
Schaffhausen	1 332	12
Appenzell A.-Rh.	754	0
Appenzell I.-Rh.	225	5
St. Gallen	7 503	18
Graubünden	2 491	53
Aargau	10 947	36
Thurgau	5 254	20
Tessin	6 661	138
Waadt	3 563	64
Wallis	1 450	24
Neuenburg	720	5
Genf	4 537	16
Jura	236	4
Schweiz	92 901	772